

Haushaltsfreie Zeit bringt tiefgreifende Konsequenzen mit sich

OB: Widerspruch gegen Haushaltsverfügung „eine Katastrophe“

Die eindringlichen Warnungen von Oberbürgermeister Klaus Weichel und des Beigeordneten Peter Kiefer, der die Sitzungsleitung hatte, haben nichts genutzt: Der Stadtrat hat sich in seiner Sitzung am 18. Juli entschieden, Widerspruch gegen die Haushaltsverfügung der Kommunalaufsicht einzulegen. Obwohl die Stadt erstmals seit 1992 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen konnte, hatte die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) in Trier die Genehmigung verweigert und von der hoch verschuldeten Stadt weitere eigene und nachhaltige Kompensationsmaßnahmen gefordert mit dem Ziel, die finanzielle Handlungsfähigkeit wieder herzustellen. Dieser Forderung wollte man jedoch in weiten Teilen des Rats nicht nachkommen.

„Leider ist es uns trotz intensiver Bemühungen nicht gelungen, den Rat – mit Ausnahme der SPD-Fraktion und einer weiteren Person – von der Tragweite zu überzeugen, die ein Widerspruch und der daraus fast zwangsläufig resultierende Klageweg mit sich bringen“, so Oberbürgermeister Klaus Weichel, der aufgrund einer Erkrankung an der Sitzung nicht teilnehmen konnte. „Für die Stadt ist das eine Katastrophe. Wir haben nun auf absehbare Zeit, vermutlich bis weit ins kommende Jahr hinein, keinen Haushalt und können daher keine Verpflichtungen eingehen. Wir dürfen nur Aufwendungen tätigen oder Auszahlungen leisten, zu denen wir rechtlich verpflichtet sind oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind“, erklärt der Ratshauschef. Der Stellenplan des Vorjahres gilt weiter bis zur öffentlichen Bekanntmachung der Haushaltssatzung.



FOTO: MARTAPOSEMUCKEL/PIXABAY

Der Widerspruch wurde am 19. Juli fristgerecht auf den Weg gebracht. „Es ist nun zu erwarten, dass es rund drei Monate dauern wird, bis die ADD darüber befindet, und da sie vermutlich nicht in unserem Sinne entschieden wird, wird die Stadt sodann, wie vom Rat am Montag beschlossen, den Klageweg beschreiten“, gibt Weichel eine Prognose ab. Der Klageweg werde sich vermutlich bis weit ins Jahr 2023 hineinziehen, gefolgt von weiteren Beratungen im Stadtrat, wie mit dem Entscheid umzugehen ist. „Es ist zu befürchten, dass bis Sommer 2023 die oben beschriebene haushaltslose Zeit bestehen bleibt, ohne dass wir eine Möglichkeit haben, daran etwas zu ändern.“

Bis dahin sind quasi alle Bereiche der Verwaltung von der haushaltslosen Zeit betroffen, und besonders stark trifft es den gesamten Baubereich. Bei den Kitas geht es etwa konkret um die städtischen Baukostenzuschüsse für Kitas der freien Träger, bei den Schulen um zahlreiche Baumaßnahmen, die nun nicht losgehen können (z.B. BBS II, Schulzentrum Süd), aber auch – ganz prominent – die Installation der Lüftungsgeräte in den dafür vorgesehenen Klassenräumen. „Auch die Planung der dringend benötigten neuen Feuerwachen werden wir nun nicht vorantreiben können. Dazu kommen zahlreiche Straßenbauprojekte, die auf Eis liegen, darunter nicht nur Neubauten, sondern auch Umbauten, Erneuerungen etc. Das umfasst natürlich auch Radwege und Brücken“, so der OB. „Es geht aber, und das sehen viele leider nicht, nicht nur um die Kernbereiche der Verwaltung. Auch die Zuschüsse an die städtischen Sportvereine und ebenso an unsere städtischen Gesellschaften sind Teil des Haushalts. Es wird nicht ausbleiben, dass mancher durch den Widerspruch in Schieflage gerät, mit dem man öffentlich in Zusammenhang mit dem städtischen Haushalt nicht unbedingt rechnen. Deswegen hätte ich die Situation, in der wir jetzt sind, gerne verhindert.“

IPS

Futter für Ohren und Augen auf dem Schillerplatz

Lautrer Sommerabend bietet 3D-Show

Beim vorletzten Lautrer Sommerabend am Donnerstag, 4. August, gibt es nicht nur Futter für die Ohren, sondern auch für die Augen. Der Kaiserslauterer DJ Heinz Ficktion und Roddy präsentieren auf dem Schillerplatz gemeinsam Minimal und Deep-House und damit die Klangkulisse für „Generative Kunst“ – 3D-Objekte, die sich passend zur Musik verändern. Unterstützt werden die beiden von der Virtual-Design-Studentin Madlen Barth. Präsentiert wird die Show von der Agentur 11line.

Über die Sommermonate, vom 9. Juni bis zum 18. August 2022, präsentieren sich bei den „Lautrer Sommerabenden“ an sechs Abenden auf einer mobilen Veranstaltungsbühne verschiedene Künstler im Wechselspiel an verschiedenen Plätzen der Kaiserslauterer Innenstadt. Zu hören gibt es alle zwei Wochen donnerstags eine Formation, die für gute Laune und lockere Stimmung sorgen wird. Bei angenehmer Atmosphäre können die Gäste der ortsansässigen Gastronomie nach ihrem Einkaufsbummel durch die City dem Musikprogramm lauschen und ihrem Alltag für ein paar Stunden entfliehen.

Finanziert wird die vom Citymanagement initiierte Reihe über das Förderprogramm „Innenstadt-Impulse“ des Landes Rheinland-Pfalz. IPS

Gigabitausbau wird gefördert

Land unterstützt die Stadt Kaiserslautern

Digitalisierungsminister Alexander Schweitzer hat der kreisfreien Stadt Kaiserslautern Landesmittel in vorläufiger Höhe von 172.000 Euro für den Ausbau von Gigabitanschlüssen von Privatadressen zugesagt. Im Zuge des Projektes sollen Bandbreiten von mindestens 1 Gigabit pro Sekunde entstehen.

„Das Glasfaser-Projekt in Kaiserslautern ist ein weiteres und sehr wichtiges Projekt zur Erreichung des Gigabit-Ziels in Rheinland-Pfalz. Die Stadt Kaiserslautern ist die zweite Stadt neben Zweibrücken, die schon jetzt in die Förderung eingestiegen ist und ihr Vorhaben zur Herstellung der Gigabit-Bandbreiten ansteuert, was ich ganz ausdrücklich begrüße. Damit unterstützt das Land ein weiteres der derzeit 50 Breitbandausbauprojekte im Land“, sagte Digitalisierungsminister Alexander Schweitzer. Kaiserslauterns Beigeordneter Peter Kiefer, der den Förderbescheid dankend entgegennahm, erklärte, dass dieser zu einer für die Stadt schwierigen Zeit komme: „Da wir auf absehbare Zeit keinen genehmigten Haushalt haben, stehen uns aktuell keine freigegebenen Eigenmittel für die infrastrukturelle Umsetzung des Digitalisierungsprojektes zur Verfügung. Wir bauen und vertrauen auf die zugesagte Unterstützung des Digitalisierungsministeriums, um die Bedeutung und Wichtigkeit des Projekts gegenüber der Aufsichtsbehörde entsprechend zu bekräftigen“, so Kiefer.

Die Maßnahme umfasst die Anbindung von unterversorgten Privathaushalten auf dem Gebiet der kreisfreien Stadt mit Glasfaserkabel bis zur Gebäudeeinfahrt. Nach Ende der Maßnahme sollen voraussichtlich 67 Haushaltsadressen mit Bandbreiten von mindestens 1 Gigabit pro Sekunde versorgt werden. Der konkrete Projektumfang nebst damit einhergehenden Tiefbauleistungen, neu zu schaffenden Glasfaserkabelkilometern und neu zu verlegenden Leerrohrinfrastrukturen werden im Rahmen des Zuwendungsbescheids des Landes in abschließender Höhe festgesetzt.

Insgesamt verfügen nach einem Statusbericht des Landes vom Juni 2021 57 Prozent der Haushalte in Rheinland-Pfalz bereits über einen Internetanschluss mit einer Bandbreite von mindestens einem Gigabit/Sekunde. IPS

Es drohen mehrere hundert Millionen Euro neue Lasten

Zinserhöhung der EZB trifft finanzschwache Kommunen

Was in Europa und der Welt geschieht, hat massive Folgen für die Kommunen. Das gilt für die Corona-Pandemie und den Ukraine-Krieg ebenso wie für die hohe Inflation – und jetzt die Leitzins-Erhöhung der Europäischen Zentralbank um 0,5 Prozentpunkte. Infolgedessen drohen den finanzschwachen Kommunen in Deutschland neue Lasten in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro. Das zeigt eine Rechnung, die das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ vorlegt.

Der Wandel in der Zinspolitik ist für die finanzschwachen Kommunen schon spürbar. Die Städte und Gemeinden müssen regelmäßige Liquiditäts- und Investitionskredite aufnehmen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Dabei waren in den vergangenen Wochen bereits steigende Zinssätze bei Krediten mit kurzen Laufzeiten zu verzeichnen. Wie der Zinsaufwand nun weiter wächst, hängt davon ab, wie die Laufzeiten der bestehenden Kredite sind, zu welchen Zinssätzen die Kredite aufgenommen werden, zu denen die Kommunen gezwungen sind, und welche lang aufgeschobenen Investitionen nicht weiter warten können.

In diese Situation sind die betroffenen Kommunen weitgehend unverschuldet geraten. Die Mitglieder des Aktionsbündnisses „Für die Würde der Städte“, darunter auch Kaiserslautern, haben unabhängig von ihrer Größe und ihrer Lage in Deutschland alle eine bittere Gemeinsamkeit: Sie wurden von einem Strukturwandel getroffen und leiden deshalb bis heute unter überdurchschnittlichen hohen Sozialausgaben bei zugleich unterdurchschnittlichen Steuereinnahmen.

Für die Berechnung der finanziellen Folgen hat das Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ den Einfluss der steigenden Zinsen über den langsamen Anstieg des durchschnittlichen Zinssatzes in verschiedenen Szenarien simuliert. Darin spiegelt sich der Zuwachs an neuen Krediten mit höheren Zinssätzen am gesamten



FOTO: ANDREAS ENDERMANN

Kreditvolumen wider:

Szenario 1: Würden der durchschnittliche Zinssatz jährlich nur um 0,1 Prozentpunkte zunehmen, wäre das im Jahr 2026 ein Plus von 1,8 Prozentpunkten. Für die Kommunen in den sieben Bundesländern, in denen das Aktionsbündnis Mitglieder hat, würde dies eine zusätzliche Belastung von fast 450 Millionen Euro bedeuten.

Szenario 2: Eine Anhebung um jährlich 0,2 Prozentpunkte würde bis 2026 den durchschnittlichen Zinssatz um 2,5 Prozentpunkte steigern. Das wären für die genannten Städte, Gemeinden und Kreise fast 900 Millionen Euro.

Szenario 3: Wie beschrieben haben die Kommunen zahlreiche Investitionen aufgeschoben, um Schulden abzubauen oder neue zu verhindern. Viele Städte haben trotz der sich drastisch verschlechternden Rahmenbedingungen keine Möglichkeit mehr, mit diesen Investitionen noch länger zu warten. Andernfalls drohen ihnen gravierender Substanzverlust und Situationen, in denen öffentliches Eigentum nicht mehr genutzt werden kann. Deshalb liegen dem dritten Szenario ein Anwuchs der Zinsen um 0,1 Prozentpunkte pro Jahr (wie in Szenario 1) und ein Plus bei den Investitionskrediten von zwei Prozent zugrunde.

de. Dann ergäbe sich eine Summe von rund 580 Millionen Euro zusätzlicher Lasten für die Kommunen in den sieben Bundesländern.

Diese Entwicklung erscheint doppelt bitter. Denn die Kommunen waren in den genannten Krisen immer die Möglichenmacher und sind immer in Vorleistung gegangen, ohne zu wissen, wann und in welcher Höhe Bund und Länder diese Ausgaben wieder ausgleichen. Zudem hatten die finanzschwachen Städte und Kreise in den vergangenen Jahren mit großen Anstrengungen einen Teil ihrer Schulden abgebaut. Diese mühsam errungenen Erfolge drohen nun zunichtegemacht zu werden. Deshalb appelliert „Für die Würde unserer Städte“ mit Nachdruck an Bund und Länder, endlich für eine gerechte Finanzverteilung zu sorgen. Diese setzt sich aus vier Elementen zusammen:

1. Lösung der Altschuldenfrage auf Bundesebene und in allen Bundesländern
2. Gerechte Finanzausstattung der Kommunen bei Aufgaben, die Bund und Länder ihnen zuweisen
3. Vereinfachte und pauschalisierte Förderprogramme
4. Verhinderung kommunaler Steuer-oasen

Stadt setzt Zeichen zum Energiesparen

Nachts bleiben ab sofort einige Gebäude und Objekte dunkel, darunter die Fruchthalle, die Kaiserpfalz, der Fackelbrunnen oder die Burgruine Hohenacker. Insgesamt sind es 23 Objekte, bei denen auf die Beleuchtung verzichtet wird. Damit setzt die Stadt ein Zeichen zum Energiesparen als Reaktion auf die befürchtete Gasman-gellage in Deutschland. Pro Jahr könnten damit knapp 71.000 Kilowattstunden Strom und über 21.000 Euro Stromkosten eingespart werden. IPS

Impfbustertermine im August

Auch im August wird der Impfbus des Landes Rheinland-Pfalz am ehemaligen Impfbüro am Opelkreisel Station machen. Jeweils von 10 bis 17 Uhr werden dort Impfungen gegen Covid-19 ohne vorherige Terminvergabe angeboten. Die Termine: 3., 4., 9., 10., 16., 22., und 26. August. IPS

Glück auf im Volkspark

Moderne Blasmusik für Jung und Alt gibt es am 7. August zu hören, wenn das Bergmanns-Blasorchester „Glück Auf“ e.V. Hettenleidelheim beim siebten Volksparkkonzert der Saison zu Gast ist. Dirigent Markus Eichinger, der seit über 30 Jahren am Pult der Musikkapelle steht, hat zusammen mit seinen Musikerinnen und Musikern ein Programm auf die Beine gestellt, das sowohl Fans aktueller, modern arrangierter Charthits als auch Freunde der neuen symphonischen Blasmusik begeistern wird.

Bis einschließlich 4. September finden alle zwei Wochen sonntags insgesamt neun Konzerte mit verschiedenen hochkarätigen Musikkapellen im Volkspark statt. Der Eintritt ist frei, Beginn ist jeweils um 11 Uhr, die Dauer jeweils rund zwei Stunden. Für die kleinen Gäste gibt es einen Erlebnis-spielplatz. IPS

Förderung von Mehrwegverpackungen

Um dem steigenden Anfall von Einwegverpackungen aus Kunststoff speziell bei Lebensmitteln entgegenzuwirken, setzt die Novelle des Verpackungsgesetzes verstärkt auf Mehrweg. Ab dem 1. Januar 2023 müssen Gastronomiebetriebe wie beispielsweise Restaurants, Cafés, Eisdielen, Bistros, Kantinen, Mensen, Imbiss-Stände sowie heiße Theken aber auch Salat-Bars im Einzelhandel für die verkauften Speisen und Getränke im To-Go- und Liefer-Segment Mehrwegverpackungen anbieten.

Ausnahmen hierzu ergeben sich für kleinere Betriebe mit einer Verkaufsfläche von bis zu 80 Quadratmetern und bis zu fünf Beschäftigten. IPS

Weitere Informationen:

Weitere Informationen können auf der Internetseite unter www.essenimwied.de abgerufen werden. Auch das Umweltbundesamt hat zu diesem Thema Informationen sowie Publikationen unter <https://www.umweltbundesamt.de> eingestellt.

Für Fragen steht gerne auch die Untere Abfallbehörde im Referat Umweltschutz unter Telefon 0631/365-4813 oder 0631/365-4824 oder per Mail unter umweltschutz@kaiserslautern.de zur Verfügung.

IMPRESSUM AMTSBLATT

Herausgeber: Stadt Kaiserslautern
Redaktion Pressestelle: Matthias Thomas (V.i.S.d.P.), Sandra Janik-Sawetzki, Charlotte Lisador, Nadine Robarge, Anika Sedlmeier, Sandra Zehle, Tel. 0631 365-2206, E-Mail: amtsblatt@kaiserslautern.de
Die Beiträge der Fraktionen und Gruppenorgane des Gemeinderates stehen rechtlich in deren eigener Verantwortung.
Verlag: SÜWE Vertriebs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH & Co. KG
Redaktion Amtsblatt Kaiserslautern: Laura Braunbach, Tel. 0621 5902-776, E-Mail: amtsblatt-kaiserslautern@suewe.de
Druck: Druck- und Versanddienstleistungen Südwest GmbH, 67071 Ludwigshafen
Verteilung: PVG Ludwigshafen, E-Mail: zustellrekommunikation@suewe.de oder Tel. 0621 572 499-40
Das AMTSBLATT KAISERSLAUTERN erscheint wöchentlich freitags außer an Feiertagen. Das AMTSBLATT KAISERSLAUTERN wird kostenlos an alle erreichbaren Haushalte in Kaiserslautern verteilt. Sofern eine Zustellung des Amtsblattes aufgrund von unvorhersehbaren Störungen nicht erfolgt sein sollte, kann das jeweils aktuelle Amtsblatt im Rathaus abgeholt werden.



AMTLICHER TEIL

ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Taxi-Tarifordnung für die Stadt Kaiserslautern

Verordnung der Stadt Kaiserslautern über die Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Verkehr mit Taxen.

Aufgrund des § 51 Abs. 1 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) v. 21. März 1961 (BGBl. I S. 241), in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. August 1990 (BGBl. I S. 1690), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 16. April 2021 (BGBl. I S. 822) i. V. m. der Landesverordnung zur Übertragung von Ermächtigungen nach dem Personenbeförderungsgesetz v. 13. Februar 1996 (GVBl. S. 115) erlässt die Stadt Kaiserslautern folgende Verordnung:

§ 1 Geltungsbereich

- Diese Verordnung gilt für die von der Stadtverwaltung Kaiserslautern genehmigten Taxen bei Fahrten innerhalb des Pflichtfahrgebietes.
- Das Pflichtfahrgebiet umfasst die Kernstadt innerhalb der Ortsschilder „Stadt Kaiserslautern“ einschließlich des Stadtteils Einsiedlerhof. Ausgenommen sind die Stadtteile Hohenneck, Siegelbach, Erlenbach, Erlenbach, Morlautern, Dansenberg und Mölschbach.

§ 2 Beförderungsentgelt

- Das Beförderungsentgelt setzt sich unbeschadet der Größe des Fahrzeugs und der Anzahl der zu befördernden Personen aus dem Grundpreis (Mindestfahrpreis), dem Entgelt für die gefahrene Wegstrecke (Kilometerpreis), dem Zeitpreis für verkehrsbedingte Standzeiten oder auf Veranlassung des Fahrgastes entstandene Wartezeiten und den Zuschlägen zusammen.
- Grundpreis 3,50 EUR
- Kilometerpreis
 - für die ersten 3 km je Kilometer 2,30 EUR
 - an Werktagen von 06:00 Uhr bis 22:00 Uhr 2,10 EUR
 - an Werktagen von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr und an Sonn- und Feiertagen 2,20 EUR
- Zeitpreis pro Stunde 35,00 EUR
Die Berechnung der Wartezeit erfolgt durch den Fahrpreisanzeiger. Die Pflichtwartezeit auf Veranlassung des Fahrgastes beträgt 10 Minuten.
- Die Weiterschaltung (Schaltsprung) des Fahrpreisanzeigers erfolgt um jeweils 0,10 EUR.
- Zuschläge
Der Fahrgast ist vor Antritt der Fahrt auf die anfallenden Zuschläge hinzuweisen:
 - Anfahrten zu Beförderungen innerhalb des Stadtteils Einsiedlerhof 6,00 EUR
 - Großraumtaxen ab dem fünften Fahrgast pauschal 5,50 EUR
- Stornierung von bestellten Fahrten
Wird eine bestellte Fahrt storniert, während sich die Taxe bereits auf der Anfahrt befindet. 4,50 EUR

§ 3 Fahrten außerhalb des Pflichtfahrgebietes

- Das Entgelt für den Streckenteil außerhalb des Pflichtfahrbereichs kann frei vereinbart werden. Der Fahrzeugführer hat den Fahrgast vor Fahrtbeginn darauf hinzuweisen.
- Kommt es zu keiner Vereinbarung, gelten die Beförderungsentgelte des Pflichtfahrgebietes.

§ 4 Allgemeine Vorschriften

- Die Anfahrt innerhalb des Pflichtfahrgebietes ist frei.
- Der Fahrpreisanzeiger ist bei Fahrten innerhalb des Pflichtfahrgebietes einzuschalten.
- Sondereinbarungen nach § 51 Abs. 2 PBefG sind mit Genehmigung der Stadtverwaltung Kaiserslautern zulässig.
- Sonderbestellungen zu Hochzeiten und Beerdigungen unterliegen nicht dieser Tarifordnung.
- Das Beförderungsentgelt ist im Allgemeinen nach Beendigung der Fahrt zu zahlen. Eine Vorauszahlungsregelung ist im Einzelfall möglich.
- Dem Fahrgast ist auf Verlangen eine Quittung über den Beförderungspreis, versehen mit der Ordnungsnummer, der Fahrtstrecke und der Unterschrift des Fahrers auszustellen.
- Sofern der Fahrgast nichts anderes bestimmt, hat der Fahrzeugführer immer die kürzeste Strecke zum Ziel zu wählen.
- Bei Störungen des Fahrpreisanzeigers ist der Fahrgast sofort darauf hinzuweisen und der Fahrpreis nach den zurückgelegten Kilometern entsprechend § 2 zu berechnen. Die Störung ist unverzüglich zu beheben.
- Eine Ausfertigung dieser Verordnung ist im Taxi mitzuführen und dem Fahrgast auf Verlangen vorzuzeigen.

§ 5 Ordnungswidrigkeiten

Zu widerhandlungen gegen diese Rechtsverordnung werden gemäß § 61 PBefG als Ordnungswidrigkeit verfolgt und können mit einer Geldbuße bis zu 10.000 EUR geahndet werden.

§ 6 In Kraft treten

Diese Verordnung tritt am 01. September 2022 in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Taxi-Tarifordnung vom 01. Mai 2020 außer Kraft.

Kaiserslautern, den 11. Juli 2022
Stadtverwaltung

Dr. Klaus Weichel
Oberbürgermeister

Stellenausschreibung

Bekanntmachung

Die UNIVERSITÄTSSTADT KAISERSLAUTERN sucht für ihr Referat Grünflächen zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine bzw. einen

Diplom-Ingenieur/in (FH) oder Bachelor (m/w/d) der
Fachrichtung Landschaftsplanung / Landespflege / Landschaftsarchitektur.

Die Bezahlung richtet sich nach der Entgeltgruppe 11 TVöD.
Die Stellenbesetzung erfolgt unbefristet in Vollzeit.

Den kompletten Ausschreibungstext (Ausschreibungskennziffer: 084.22.67.113) erhalten Sie bis zum Bewerbungsschluss im Internet unter www.kaiserslautern.de/karriere.

Bitte bewerben Sie sich ausschließlich online über unser Bewerbungsmanagementsystem. Den entsprechenden Zugang dazu finden Sie ebenfalls unter dem oben genannten Link.

Dr. Klaus Weichel
Oberbürgermeister

Bekanntmachung über die Feststellung und Einberufung einer Ersatzperson für den Ortsbeirat des Ortsbezirks Mölschbach

Nach der Wahl des Ortsbeirats am 26. Mai 2019 war Herr Marc Fuchs über den Wahlvorschlag 2 – Christlich Demokratische Union – CDU – in den Ortsbeirat des Ortsbezirks Mölschbach gewählt. Herr Fuchs scheidet aus dem Ortsbeirat aus.

Da es nach dem Stimmenergebnis keine Ersatzperson mehr gibt, sinkt die gesetzliche Zahl der Mitglieder im Ortsbeirat des Ortsbezirks Mölschbach gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes (KWG) und § 66 der Kommunalwahlordnung (KWO) auf 14.

Kaiserslautern, 15.07.2022

gez.

Dr. Klaus Weichel
Oberbürgermeister

Bekanntmachung über die Feststellung und Einberufung einer Ersatzperson für den Stadtrat der Stadt Kaiserslautern

Die über den Wahlvorschlag 1 – Sozialdemokratische Partei Deutschlands – SPD – am 26. Mai 2019 in den Stadtrat der Stadt Kaiserslautern gewählte Frau Johanna Rothmann scheidet aus dem Stadtrat aus.

Nach dem Stimmenergebnis rückt gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes (KWG) in Verbindung mit § 66 der Kommunalwahlordnung (KWO) Herr Klaus-Jürgen Schimansky nach.

Kaiserslautern, 15.07.2022

gez.

Dr. Klaus Weichel
Oberbürgermeister

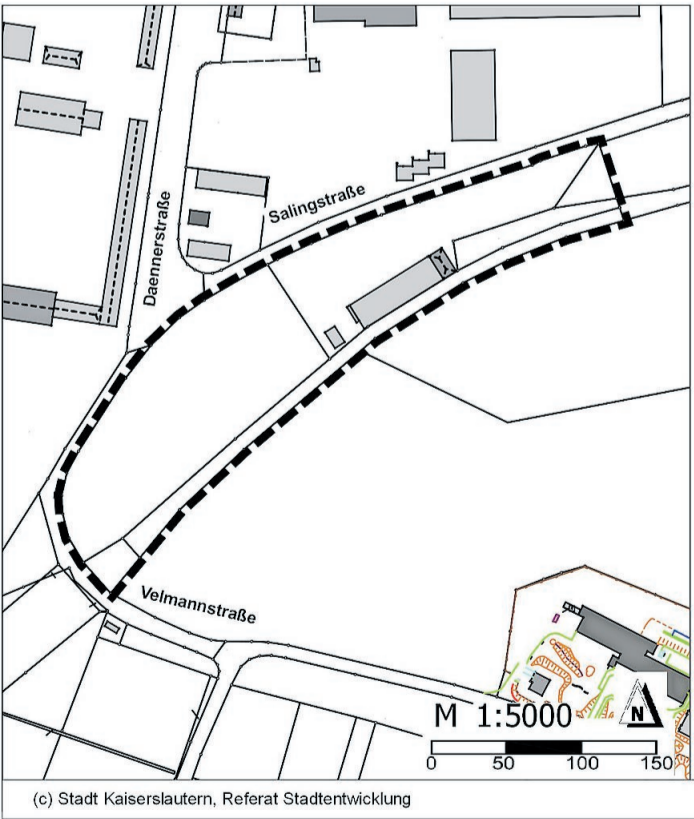
Bekanntmachung

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 18.07.2020 die Aufstellung des nachfolgenden Bebauungsplans nach § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB in der Neufassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. 2017, Teil I, Nr. 72, S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16.07.2021 (BGBl. I S. 2939) beschlossen:

Bebauungsplanentwurf „Salingstraße“

Planziel: Städtebauliche Neuordnung des Areals

Begrenzung des Plangebiets:



Es wird nach § 13 Abs. 3 BauGB darauf hingewiesen dass der Bebauungsplan im vereinfachten Verfahren ohne die Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt wird. Die wesentlichen Gründe hierfür sind die bestehende bauliche Nutzung und die Versiegelungen des Areals.

Der Bebauungsplanentwurf mit den Textlichen Festsetzungen, der Begründung, einem Vorhabenplan, einer Studie zur städtebaulichen Entwicklung und einem Fachgutachten zum Bodenschutz liegt in der Zeit vom

8. August 2022 bis zum 9. September 2022

während der Dienststunden der Stadtverwaltung Kaiserslautern (montags - donnerstags von 8:00 – 12:30 Uhr und 13:30 – 16:00 Uhr, freitags von 8:00 – 13:00 Uhr) im Rathaus, Willy-Brandt-Platz 1, 67653 Kaiserslautern, beim Referat Stadtentwicklung im 13. Obergeschoss, Zimmer 1310 öffentlich aus. Ergänzend und zur unverbindlichen Information können die Planunterlagen auch im Internet unter www.kaiserslautern.de/biv oder über den unten stehenden QR-Code eingesehen werden.

Es wird nach § 3 Abs. 1 BauGB darauf hingewiesen, dass im oben genannten Zeitraum die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung der Planung besteht.

Darüber hinaus informieren wir Sie hiermit über die Verarbeitung Ihrer Daten, die Sie mit Ihrer Stellungnahme während der Öffentlichkeitsbeteiligung abgeben. Mit der Abgabe Ihrer Stellungnahme stimmen Sie der Verarbeitung Ihrer Daten zu. Wir verarbeiten Ihre Daten nach § 3 Baugesetzbuch (BauGB) und Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 Nr. e) Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt und im Rahmen der gemeindlichen Planungshoheit, die der Stadt Kaiserslautern übertragen wurde. Wir benötigen Ihre personenbezogenen Daten, um unsere Aufgaben erfüllen zu können. Sofern wir die für unsere Aufgabenerfüllung erforderlichen Daten nicht erhalten, besteht die Möglichkeit, dass wir Ihr Anliegen nicht bearbeiten können. Weitere Informationen können Sie auf der Internetseite der Stadt Kaiserslautern nachlesen unter www.kaiserslautern.de/datenschutz-bauleitplanverfahren

Kaiserslautern, den 22.07.2022
Stadtverwaltung
In Vertretung

gez.

Beate Kimmel
Bürgermeisterin



Bekanntmachung

- Umlegungsausschuss -

für die Vereinfachte Umlegung Nr. 139 „Sommerau“, Gemarkung Hohenneck

Der Beschluss über die Vereinfachte Umlegung Nr. 139 „Sommerau“ ist am 07.07.2022 unanfechtbar geworden.

Mit dieser Bekanntmachung wird gemäß § 83 Abs. 2 BauGB (Baugesetzbuch in der jeweils geltenden Fassung) der bisherige Rechtszustand durch den in dem Beschluss über die Vereinfachte Umlegung Nr. 139 „Sommerau“ vorgesehenen neuen Rechtszustand ersetzt.

Die Bekanntmachung schließt die Einweisung der neuen Eigentümer in den Besitz der zugeteilten Grundstücke ein.
Mit dieser Bekanntmachung werden alle Geldleistungen fällig und sind zu den vereinbarten Terminen zahlbar.
Die Berichtigung des Grundbuches und des Liegenschaftskatasters wird bei den zuständigen Behörden veranlasst.
Kaiserslautern, 22.07.2022
Der Vorsitzende

Bekanntmachung

- Umlegungsausschuss -

für die Vereinfachte Umlegung Nr. 142 „Radweg Opelkreisel“, Gemarkung Kaiserslautern

Der Beschluss über die Vereinfachte Umlegung Nr. 142 „Radweg Opelkreisel“ ist am 12.07.2022 unanfechtbar geworden.

Mit dieser Bekanntmachung wird gemäß § 83 Abs. 2 BauGB (Baugesetzbuch in der jeweils geltenden Fassung) der bisherige Rechtszustand durch den in dem Beschluss über die Vereinfachte Umlegung Nr. 142 „Radweg Opelkreisel“ vorgesehenen neuen Rechtszustand ersetzt.

Die Bekanntmachung schließt die Einweisung der neuen Eigentümer in den Besitz der zugeteilten Grundstücke ein.
Mit dieser Bekanntmachung werden alle Geldleistungen fällig und sind zu den vereinbarten Terminen zahlbar.
Die Berichtigung des Grundbuches und des Liegenschaftskatasters wird bei den zuständigen Behörden veranlasst.
Kaiserslautern, 22.07.2022
Der Vorsitzende

Bekanntmachung

der Stadt Kaiserslautern über den Wegfall eines Erörterungstermins

Antrag der Firma Corning GmbH, Carl-Billand-Straße 1, 67661 Kaiserslautern auf die Inline Integration der APT-Anlage in die Verstopfungslinien 4, 5 & 6.

Der Antrag und die dazugehörigen Unterlagen lagen öffentlich aus in der Zeit vom 09.06.2022 bis einschließlich 08.07.2022 (Auslegungsfrist).

Etwaige Einwendungen gegen das Vorhaben konnten vom 09.06.2022 bis einschließlich 22.07.2022 (Einwendungsfrist) vorgebracht werden.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung wurden gegen das Vorhaben keine Einwendungen erhoben.

Der für den 28.07.2022 anberaumte Erörterungstermin findet deshalb gem. § 16 Abs. 1 Nr. 1 der Neunten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren – 9. BImSchV) nicht statt.

Kaiserslautern, den 25.07.2022

gez. Peter Kiefer, Beigeordneter

NICHTAMTLICHER TEIL

WEITERE MELDUNGEN

Wie lässt sich Nachhaltigkeit in Schule und Bildungslandschaften verankern?

Erstes Town Hall Meeting in Kaiserslautern

Im November 2021 startete das rheinland-pfälzische Bildungsministerium die große Schulentwicklungsinitiative „Schule der Zukunft“, bei der es bislang jedoch nur digital möglich war, sich einzubringen. Vor wenigen Tagen nun gab es die erste analoge Veranstaltung zum Programm. An der „Town-Hall“-Veranstaltung zum Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) in der Kaiserslauterer Fruchthalle nahmen über einhundert Personen teil: Pädagoginnen und Pädagogen, Schülerinnen und Schüler, interessierte Eltern sowie BNE-Akteurinnen und Akteure.

Nach einem Video-Grußwort von Bildungsministerin Stefanie Hubig begrüßte Elke Schott, Abteilungsleitung im Bildungsministerium RLP, die Anwesenden. Die Begrüßung von städtischer Seite übernahm Schuldezernentin Anja Pfeiffer. Dabei zeigte sie sich beeindruckt, dass das Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ so viele zur Teilnahme bewegt hatte.

Bildungsinnovatorin Margret Rasfeld



Intensiv im Gespräch: Die Teilnehmenden der Town Hall zu "Bildung für nachhaltige Entwicklung"

FOTO: BILDUNGSMINISTERIUM RHEINLAND-PFALZ

gab zusammen mit Jamila Tressel Einblick in aktuelle globale Herausforderungen und wies Optionen des schulischen Wandels auf. Dabei interpretierte Rasfeld „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ als Kernauftrag von Schulen. Anschließend übernahm Moderator Julian Janssen, bekannt als „Checker Julian“, die Regie. Er leitete die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch verschiedene Gesprächsrunden, in denen be-

leuchtet wurde, wie Schule gestaltet sein muss, wenn sie Schülerinnen und Schüler zukunftsfähig machen soll.

Der lebhafteste Austausch an den Tischen verdeutlichte, dass das Bildungsministerium mit dem Angebot der „Town Hall“ thematisch ins Schwarze getroffen hatte. Die Ergebnisse der intensiven Diskussionen werden nun seitens des Ministeriums zusammengetragen und ausgewertet. |ps

Jugendkulturmeile bietet Reise durch die GalaxiLutri 2.0

Digitale Abenteuer noch bis 12. August in der Innenstadt

Ein Smartphone mit der Actionbound-App, dazu der Pass der Jugendkulturmeile: Das ist die Ausrüstung, die jugendliche Spielerinnen und Spieler benötigen, um auch in diesem Sommer wieder ein aufregendes Abenteuer zu erleben. Dabei geht es um nichts Geringeres als um die Rettung einer ganzen Galaxie, der GalaxiLutri. Diese wird von einem gemeinen Quiz-O-Zon angegriffen und benötigt nun dringend Hilfe. Einzeln, in Gruppen, im Freundeskreis, der Schulklasse oder auch zusammen mit den Eltern sollen verschiedene Aufgaben und Missionen gemeistert werden. Dabei führt die übergeordnete Rahmenhandlung des Actionbounds in einer digitalen Schnitzeljagd zu den verschiedenen Institutionen der Jugendkulturmeile, die jeweils ihr eigenes Kapitel zu der Geschichte beisteuern.

Rettung soll die GalaxiLutri vor allem von den zwölf- bis sechzehnjährigen Heldinnen und Helden erhalten. Für sie wurde der abwechslungsreich gestaltete Actionbound der Jugend-

kulturmeile entwickelt. Aber auch die Erwachsenen werden sicherlich ihren Spaß am Spacewalk haben. Noch bis 12. August sind deshalb alle Astronautinnen und Astronauten aufgerufen, die einzelnen Planeten, sprich Institutionen der Jugendkulturmeile, mittels kniffliger Rätsel, herausfordernder Denksportaufgaben oder geschicktem Kombinationsvermögen von ihrem bösen Bann zu befreien. Bunte Planetenaufkleber für den Pass belohnen sie dafür.

Ziel des Actionbounds ist es, anhand der interstellaren Galaxiekarte, dem Pass der Jugendkulturmeile, die gesamte GalaxiLutri zu retten. Dieser sind seit dem Angriff des Quiz-O-Zons nicht nur Freude und Liebe, sondern auch der Tanz und die Musik komplett abhandengekommen. Per Handy sowie der Actionbound-App lässt sich mit den verschiedenen QR-Codes die eigene Rakete an jedem beliebigen Planeten starten. Eventuell benötigte Pausen zum Auftanken der Kraftstoffreserven lassen sich ebenfalls jeder-

zeit einbauen, so dass die Galaxie je nach Lust und Laune an unterschiedlichen Tagen befliegen werden kann. Für den finalen Bound werden alle Buchstaben und Zahlencodes der Planetenaufkleber benötigt. Ist schließlich das Quiz-O-Zon überwältigt und die Galaxi Lutri befreit, winken tolle Preise!

Der GalaxiLutri-Pass liegt bei allen Institutionen der Jugendkulturmeile aus und ist wie die Teilnahme am Gewinnspiel kostenlos. Die Partner der Jugendkulturmeile sind das Jugend- und Programmzentrum JUZ, das Stadtmuseum (Theodor-Zink-Museum I Wadgasserhof), das Museum Pfalzgalerie Kaiserslautern, die Pfalzbibliothek und das Pfalztheater, die Emmerich-Smola-Musikschule und Musikakademie sowie die Fruchthalle, Stadtbibliothek und die Volkshochschule.

Gefördert wird das Projekt durch das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration Rheinland-Pfalz. |ps

FRAKTIONSBEITRÄGE

Kein genehmigter Haushalt für Kaiserslautern

Land erpresst Steuererhöhungen zu Lasten der Bürger!

Fraktion im Stadtrat
FWG

Bringen wir die aktuelle Lage einmal auf den Punkt: Zur Mitte des Jahres 2022 versagt die Aufsichtsdirektion als verlängerter Arm unseres Innenministers Roger Lewentz der Stadt Kaiserslautern den Haushalt. Die unsäglichen Bemühungen, nicht nur einen ausgeglichenen Haushalt, sondern auch eine planmäßige Schuldentilgung vorzuweisen, wurden durch nachträgliche Auflagen der Aufsichtsbehörde hinlänglich unterwandert. Und das trotz den Bedingungen einer vom Landesverfassungsgericht 2012 und 2020 festgestellten strukturellen kommunalen Unterfinanzierung. Keinerlei Bedeutung fand auch die Tatsache, dass Kaiserslautern mit großem Erfolg und durch stringente Sparbemühungen seine Schulen erfolgreich tilgt. „Allein seit 2019 bis einschließlich 2022 wären gut 130 Millionen Euro (!) eingespart worden! Und das trotz Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg! Eine beachtliche Leistung, die durch die Aufsichtsbehörde nicht gewürdigt wird. Die erzwungene Schuldentilgung unter den Bedingungen der strukturellen kommunalen Unterfinanzierung ist aber nicht nachhaltig, weil so weiterhin die Investitionen unter den Abschreibungen liegen, also ein weiterer städtischer Substanzverlust resultiert“, bilanziert Freie-Wähler-Stadtratmitglied Manfred Reeb die Situation. Ganz im Gegenteil! Das Land erzwingt gezielt Steuererhöhungen, um die Bürgerschaft und die Gewerbetreibenden zu deren Nachteil noch mehr zu schröpfen. „Das ist in unseren Augen Erpressung. Statt den gebeutelten Menschen – gerade mit Blick auf die anstehende Energieknappheit und der steigenden Lebenshaltungskosten – aktiv Unterstützung zu gewähren, versucht sich das Land auf Kosten der Kommunen zu bereichern!“, so Reeb weiter. Die von Herrn Weichel vorgeschlagene Aufstockung der gerade erst 2021 notgedrungen ermaßen erhöhten Grundsteuer von einem Hebesatz von 510 auf 600 Punkte (mit Aussicht auf weitere Anhebungen) wird nicht nur in der Energiepreiskrise die Bürger weiter belasten, sondern auch Neubürger



Wie der Elefant auf dem Bild erdrückt auch das Land die Kommunen und erzwingt Steuererhöhungen, was die Freien Wähler nicht länger hinnehmen!

FOTO: PIXABAY

und Gewerbetreibende abschrecken. Letztlich schwächt dieser Teufelskreislauf unsere künftige Stadtentwicklung, und dies zusätzlich zu der aktuell mitgeteilten Erhöhung der sonstigen Staatseinnahmen um 17 Prozent im ersten Halbjahr 2022 gegenüber 2021. Dies ist schon starker Tobak und schlicht nicht hinnehmbar!

Kaiserslautern ist ohne genehmigten Haushalt leistungsunfähig. Zu allem Übel kommt noch hinzu, dass Herr Lewentz selbst mit Schuld trägt, dass die Städte unterfinanziert sind. Das Land reicht die Bundesmittel nicht adäquat weiter – und wurde dafür bereits verurteilt! Setzen wir dem Ganzen noch die Krone auf: Kaiserslautern hat sich mit großem Erfolg unzählige Fördermittel gesichert, um trotz leerer Kassen infrastrukturelle Maßnahmen in Angriff nehmen zu können. Es bleibt oft ein kleiner Eigenanteil von 10 Prozent, um große Baumaßnahmen in Verbindung mit den Fördermitteln zu stemmen. Doch ohne genehmigten Haushalt verfügt die Stadt über gar keine Mittel – auch nicht über diesen

kleinen Eigenbeitrag. Ergo: Millionen von Fördermitteln, die für die Neue Stadtmitte, das kommunale Investitionsprogramm oder etwa den Einbau von Luftfilteranlagen in Schulen fließen, könnten am Ende vielleicht zurückgezahlt werden müssen! Mehr Stillstand und Rückschritt kann es kaum geben! Die Kommunen sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Den aktuell gefahrenen Zerstörungskurs kann eine vermeintlich sozial geführte Landesregierung nicht wirklich wollen... oder etwa doch? In Ludwigshafen und Zweibrücken wurden defizitär geplante Haushalte genehmigt. Darf denn so etwas sein? Wir sagen: Nein! Die Rechtslage ist eindeutig: Das Land wurde zu einer besseren kommunalen Finanzierung verurteilt, nicht die Kommunen! Herr Lewentz, verstoßen Sie nicht länger gegen das Recht! Genehmigen Sie als Minimallösung sofort den vorgelegten Sparhaushalt und folgen dann zügig den Gerichtsvorgaben zur nachhaltigen kommunalen Finanzierung. Mehr gibt es von unserer Seite her hierzu nicht zu sagen!

Energiepreiskrise: Die Schwächsten zuerst

Es braucht spürbare Entlastungen und Hilfsangebote

Fraktion im Stadtrat
DIE LINKE

Die im Moment, aber wahrscheinlich auch längerfristig steigenden Energiekosten und eine vielleicht sogar schon diesen Winter eintretende Energieknappheit lasten wie ein Alp auf der Bevölkerung. Von allen Seiten, zuletzt auch von unserem Oberbürgermeister hagelt es Sparappelle. Dabei läuft es leider ähnlich wie zur Hochphase der Coronapandemie. Auch damals wurde so getan, als träfen die Schutzmaßnahmen wie Lockdowns und Schulschließungen alle Bevölkerungsgruppen gleich.

Die Realität sieht aber anders aus. Gerade Geringverdiener, Rentner*innen und Sozialleistungsbezieher*innen sind im erhöhten Maß in Alarmbereitschaft. Viele fürchten ihre Abschläge nicht zahlen zu können, Mieterhöhungen oder allein schon die Preiserhöhungen im Lebensmittelbereich, die am geringen Einkommen zerren.

Dabei sind es gerade die Ärmsten, die gewollt oder nicht, am ehesten Energie sparen. Viele haben weder ein Auto vor der Tür, noch fliegen diese Menschen ein bis zweimal im Jahr in den Urlaub. Auch die weiteren Ausgaben werden zum größten Teil für Lebensmittel ausgegeben, wenn sie diese nicht schon jetzt bei Der Tafel holen müssen. Ihre Ökobilanz sieht jedenfalls um einiges besser aus, als die der

progressiven ökologisch bewussten Mittel- und Oberschicht.

Die niedrigen Löhne und Sozialleistungen wie Hartz4, Grundsicherung und viele Renten reichen schon länger nicht mehr um vollumfänglich am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Viele wohnen ohne eigenes Verschulden zur Miete in wenig energieeffizienten Wohnungen. Diese beinhalten sehr oft veraltete, aber noch funktionierende Elektrogeräte (wie Kühlschränke und Waschmaschinen). Auch nicht ausreichende Wärmedämmung und alte Heizanlagen sind Alltag und drücken auf die Nebenkosten. Kurzum: Diese Menschen können nicht mehr sparen, als sie es schon tun.

Genau deshalb versuchen wir als Fraktion DIE LINKE/PARTEI im Stadtrat alles, was wir in der Kommunalpolitik möglich ist zu tun, um zu verhindern das Menschen in dieser Stadt im Winter frieren müssen. Dazu gehört der jetzt gemeinsam mit der SPD-Fraktion eingebrachte Antrag zur Schaffung eines Nothilfefonds für jene Menschen die Gefahr laufen ihre Heizung oder den Strom abgestellt zu bekommen. Ein Antrag, der auf einer Initiative fußt, die unsere Fraktion im Frühjahr letztes Jahr, also lange vor der jetzigen Energiekrise formuliert hat. Zusätzlich versuchen wir über einen darüber hinausgehenden Antrag zu gewährleisten das Sozialleistungsbezieher*innen keine Mehrkosten für Energiekosten durch erhöhte Abschläge und Nachzahlungen entstehen.

Beide Beschlussanträge sind für die Stadtratssitzung am 18.07.2022 auf den Weg gebracht worden und wurden dort aus Zeitgründen leider nicht mehr behandelt. Wir hoffen, dass wir diese Punkte nach der Sommerpause durchsetzen können. Ein Moratorium für Strom- und Gassperren, wie es die LIGA der Freien Wohlfahrtspflege und die Verbraucherzentrale RLP fordern, werden wir dann ebenfalls auf die Tagesordnung setzen.

Darüber hinaus, sind wir im Gegensatz zum OB der Ansicht, dass es auch in dem Falle das Erdgas im Winter nicht knapp, sondern nur teuer wird, gut geheizte Gemeinschaftsräume und aufsuchende Hilfen für jene Menschen braucht, die es sich nicht leisten können ihre Wohnungen vollumfänglich zu heizen. Für arme, kranke und alte Menschen kann das herunterkühlen der Heizung ganz schnell zur lebensverkürzenden Maßnahme werden.

Die Stadtpolitik ist aufgefordert sich an den Schwächsten zu orientieren. Bei der Frage der Energiekosten und der Sicherstellung der Grundversorgung der Bevölkerung geht es in erster Linie darum materielle Not abzuwenden und nicht um moralische Bedürfnisbefriedigung.

Carsten Ondreka (Bürgervertreter im Sozialausschuss, Fraktionsmitarbeiter) für die Fraktion DIE LINKE/PARTEI im Stadtrat KL
Rückfragen an
fraktion.dielinke-kl@posteo.de

WEITERE MELDUNGEN

Gangsicherheitstraining wird wieder angeboten

Gemeindeschwesterplus und Bewegungsmanagerin laden ein

Wenn man im Alter nicht mehr allzu sicher auf den Beinen ist, sind gefährliche Stürze schnell passiert. Um dem vorzubeugen, haben die Gemeindeschwesterplus der Stadt Kaiserslautern, Nicole Beitelstein, gemeinsam mit der Physiotherapeutin und Bewegungsmanagerin, Jennifer Höning, im Rahmen des Projekts „Land in Bewegung“ im Frühjahr ein kostenloses Gangsicherheitstraining angeboten.

Aufgrund der sehr guten Resonanz wird der Kurs nun ein zweites Mal durchgeführt.

Bei dem achtwöchigen kostenlosen Kurs erhalten Seniorinnen und Senioren Tipps und Tricks rund um die Gangsicherheit. In den Übungen werden Koordination, Kraftaufbau und Gleichgewichtssinn trainiert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten darüber hinaus jede Menge Rat-

schläge und Tipps für den Alltag.

Der neue Kurs startet am 12. September 2022 und findet immer montags von 14 bis 15 Uhr im Gemeindesaal der Versöhnungskirche statt (Leipziger Str. 1, 67663 Kaiserslautern).

Um Anmeldung bis 18. August bei Nicole Beitelstein wird gebeten, unter der Nummer 0631-365 4087 (Mo-Do). |ps

Tag der offenen Tür war ein voller Erfolg

Stadtbildpflege freut sich über zahlreiche Gäste

Am vergangenen Samstag richtete die Stadtbildpflege Kaiserslautern einen Tag der offenen Tür aus. Etwa 700 interessierte Bürgerinnen und Bürger kamen auf das Gelände, um einen Einblick in die Sachgebiete des Eigenbetriebes zu erhalten und den Tausch- und Verschenkmakrt zu besuchen.

„Ich freue mich sehr, dass das Interesse an der Arbeit der Stadtbildpflege so groß ist. Das gebotene Programm war für Kinder wie auch für Erwachsene ein tolles Erlebnis“, bedankt sich Bürgermeisterin und Werksdezernentin Beate Kimmel bei der Belegschaft der Stadtbildpflege für deren Einsatzbereitschaft. Der gut besuchte Tausch- und Verschenkmakrt habe das Angebot abgerundet. „Gegenstände weiterzugeben und damit wiederzuverwenden statt wegzwerfen steht für nachhaltiges Engagement. Dieser Gedanke hat am Tag der offenen Tür viele Besucherinnen und Besucher begeistert“, so Kimmel. Die zuvor abgegebenen Waren nahmen zu Beginn der Veranstaltung zehn große Tische ein. Drei Viertel der Bücher, Haushaltsggegenstände, Kleider und vieles mehr fanden bis zum Ende neue Besitzerinnen und Besitzer. Die übrig gebliebenen Gegenstände befinden sich nun im ReUse-Regal des Wertstoffhofs in der Daernerstraße 17.

Auch Werkleiterin Andrea Buchloh-Adler zeigt sich von der Veranstaltung begeistert. „Die einzelnen Arbeitsbereiche hatten sich wirklich schöne Ak-



Auch der umfangreiche Fuhrpark wurde präsentiert

FOTO: STADTBILDPFLEGE KL

tionen überlegt, um den Gästen ihre Tätigkeiten näher zu bringen. Zum Beispiel waren im Ausstellungsbe- reich des Straßenunterhalts die Mar- kierungs- und die Demarkierungsmas- chine live in Aktion zu sehen.“ Die Kinder seien vor allem von den Rund- fahrten mit den Kehrmaschinen der Straßenreinigung und mit dem Müll- auto der Abfallogistik begeistert ge- wesen. „Auch das Zielwerfen vom zwölf Meter hohen Hubsteiger der Grünunterhaltung kam bei Groß und Klein gut an.“ Ebenso viel Spaß hatten die Kinder auf der Hüpfburg und bei der Mülltonnen-Rallye. Großen Ank- lang fand auch das von der Verwal- tung der Stadtbildpflege für alle Al- tersgruppen gestaltete Quiz. Dabei galt es, je eine Frage zu jedem Sach- gebiet des Eigenbetriebes zu beant- worten. Waren alle Fragen auf dem Laufzettel, der von Stand zu Stand

führte, richtig ausgefüllt, wartete am Ende ein kleines Geschenk.

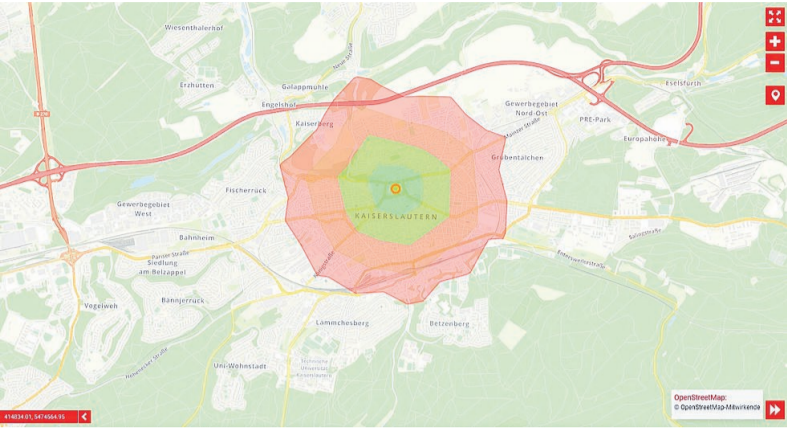
Gewinne gab es auch am Stand der Abfallwirtschaft. Hier konnten be- triebliche Leistungen im Rahmen einer Losaktion erworben werden. „Den Erlös aus dem Losverkauf möchten wir an die Kaiserslauterer Tafel e.V. spenden. Wann die Spen- denübergabe stattfinden wird, wer- den wir in den nächsten Wochen be- kannt geben“, erklärte Andrea Buch- loh-Adler. Die Gewinnerinnen und Ge- winner der Losaktion konnten sich u. a. über einen kostenlosen Sperrmüll- Container als Hauptpreis, Grün- schnitt-Container verschiedener Grö- ßen und Express-Sperrmülltermine freuen. Im Namen der Belegschaft, die mit sichtlicher Begeisterung ihre Arbeit vorstellte, bedankt sich die Werkleiterin bei den zahlreichen Gäs- ten für ihr Kommen. jps

Städtisches Geoportal erhält neue Funktionen

Stadtplan nun mit Routingfunktion und Erreichbarkeitsanalyse

Das Geoportal „Stadtplan“ der Stadt Kaiserslautern auf der städtischen Homepage verfügt ab sofort über eine Routenplanung und Erreichbarkeits- analyse. Damit können nun auch, wie etwa von Google Maps bekannt, für das Stadtgebiet und die angrenzende Region Routen berechnet werden, je- doch mit mehr Optionen. Es lässt sich sowohl die kürzeste als auch die schnellste Route berechnen, auf Wunsch auch unter Ausschluss be- stimmter Verkehrswege wie etwa Au- tobahnen oder sogenannter Sperrflä- chen. Das sind Bereiche, die man auf der Karte selbst definieren kann. Die Berechnung steht für PKW, LKW, Rad- fahrer, Fußgänger und Rollstuhlfahrer zur Verfügung. Die Routen können auch in verschiedenen Datenforma- ten, z.B. zur Verwendung auf mobilen Navigationsgeräten, heruntergeladen werden. Aktuell ist dies für die Daten- formate KML, GeoJSON, GPX möglich.

Die Erreichbarkeitsanalyse ermög- licht es, ausgehend von einer beliebi- gen geographischen Position, die man durch einen Klick individuell als Start- punkt festlegen kann, erreichbare Zie- le innerhalb von vorgegebenen Zeiten oder Entfernungen zu bestimmen. Als Ergebnis der Berechnung werden dann farbige Erreichbarkeitszonen (Polygo- ne) ausgegeben bzw. in der Kartenan- sicht dargestellt. Auch hier stehen als Verkehrsmittel PKW, LKW, Fahrrad, Fußweg oder Rollstuhl zur Verfügung.



Durch die Erreichbarkeitsanalyse lässt sich unter anderem anzeigen, wieviele Gehminuten bestimmte Gebiete von meinem Standort entfernt sind

FOTO: PS

Damit lässt sich also zum Beispiel be- stimmen, welche Teile des Kartenge- biets von einem Hotel aus in zwanzig Minuten zu Fuß zu erreichen sind.

Die Routenplanung und Erreichbar- keitsanalyse findet man unter dem Menüpunkt Werkzeuge -> Routing. Der nutzbare Kartenausschnitt um- fasst einen circa 60x40 Kilometer gro- ßen Bereich mit der Stadt Kaiserslau- tern im Zentrum. Das dem Dienst zu Grunde liegende Wegenetz wird quar- talsweise aktualisiert. Zur Erläuterung der Funktionen und deren Anwendung steht im Portal eine Hilfe zur Verfü- gung.

Die Geoportal-Lösung basiert auf der freien Software Masterportal, er- gänzt um die Routing- und Geokodie-

rungsdienste des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie (BKG). Die Stadt Kaiserslautern ist Partner der Implementierungspartnerschaft Mas- terportal des Landesbetriebs Geoin- formation und Vermessung der Freien und Hansestadt Hamburg (LGV) und kann somit auch die Routing- und Geo- kodierungsdienste des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie (BKG) kostenfrei nutzen. Verantwortlich zu- ständig für den Betrieb der städti- schen Geoportale ist das Referat Stadtentwicklung/Stabsstelle Grafti- sche Datenverarbeitung. jps

Weitere Informationen:

<https://geoportal.kaiserslautern.de/stadtplan>

Herausforderndes Verhalten von Kindern professionell bewältigen

Rund 60 Fachkräfte trafen sich beim Kita-Fachtag

Vor wenigen Tagen fand bereits zum zweiten Mal ein Kita-Fachtag in Kai- serslautern statt, zu dem alle Träger und Kitas aus dem Stadtgebiet ein- geladen waren. Nachdem der letzte Fachtag die Kita-Sozial(raum)arbeit im Fokus hatte, wurde in diesem Jahr der Umgang mit als herausfordernd erlebten Kindern als Thema gewählt. Die Fachtage sind Teil des derzeit lau- fenden Qualitätsentwicklungsansat- zes „Qualitätsentwicklung im Dis- kurs“ (QID), der vom Institut für Bil- dung, Erziehung und Betreuung in der Kindheit (IBEB) der Hochschule Ko- blenz begleitet wird und an dem die städtischen Kindertagesstätten so- wie eine Kita in freier Trägerschaft teil- nehmen.

Der Einladung in die Fruchthalle waren rund 60 Fachkräfte gefolgt. Nach der Begrüßung durch den Beige- ordneten Peter Kiefer würdigte als Vertreter des IBEB Andy Schieler da- raufhin die Kitas, die das QID-Verfah- ren bereits nahezu abgeschlossen ha- ben. Mit einem sehr anregenden, leb- haften und trotz hoher Fachlichkeit gut nachvollziehbaren Vortrag stieg dann Prof. Rieke Hoffer, die als Ver- haltenstherapeutin und Psychologin auch sehr viel praktische Erfahrung



Das Foto zeigt den Beigeordneten Peter Kiefer bei der Begrüßung

FOTO: PS

vorweisen kann, in das Thema ein. Ihr vorgestellter Ansatz zum Umgang mit herausforderndem Verhalten von Kin- dern in Kindertagesstätten, den sie gemeinsam mit weiteren Wissen- schaftlerinnen entwickelt hat, war auch Thema des nun folgenden Erfah- rungsberichtes. Petra Heini und Lea Brecklinghaus, die als Fachberaterin- nen und Kita-Leitungen in Villingen- Schwenningen tätig sind, gaben einen praktischen Einblick in die Arbeit mit dem Konzept HeVeKi („Herausfor- derndes Verhalten von Kindern pro- fessionell bewältigen“), das in allen städtischen Kitas in Villingen- Schwenningen umgesetzt wird.

In einer anschließenden Podiums- diskussion wurden dann die Heraus- forderungen der Verzahnung von Theorie und Praxis sowie die teilweise schwierigen Rahmenbedingungen deutlich. Nach der Mittagspause wur- den Fallbeispiele aus der Perspektive des Kindes, die Umsetzung des Konzeptes in die Praxis und die Verbindung des HeVeKi-Konzeptes mit QID diskutiert und erarbeitet wurden. Nach einer Flexion der Ergebnisse und der Verab- scheidung durch Andy Schieler ging eine sehr gelungene und anregende Veranstaltung zu Ende. Weitere Fach- tage sollen folgen. jps

Startschuss für neuen Aktionsplan Inklusion

Steuerungsgruppe traf sich zum ersten Mal

Er ist Ratgeber bei allen Fragen rund um die Lebenssituation der Men- schen mit Behinderung und wie diese sukzessive verbessert werden kann: Der Aktionsplan Inklusion für die Stadt Kaiserslautern. Erarbeitet in den Jahren 2014 bis 2017 soll er nun evaluiert und fortgeschrieben wer- den. Dazu wurde eine Steuerungs- gruppe ins Leben gerufen, die sich letzte Woche zum ersten Mal traf. In der Sitzung wurden Ziele, Strukturen und das Vorgehen geklärt und damit quasi der Startschuss für das Projekt gegeben.

In einem Erarbeitungsprozess von einem Jahr sollen – so das Ergebnis der Sitzung – die im bestehenden Ak- tionsplan formulierten Maßnahmen evaluiert und fortgeschrieben wer- den. Als sehr wichtig wurde dabei eine breite, inklusive, vielfältige und offene Beteiligung in den verschiedenen The- menarbeitsgruppen angesehen. Be- troffene und Betroffenenvertretun- gen sollen ebenso eingebunden wer- den wie Politik, die Beiräte und die Verwaltung. Die bislang im Aktions- plan definierten Lebensbereiche sol- len um die drei Themen „Gesundheit, Prävention“, „Katastrophenschutz“ und „Beratung“ ergänzt werden.

Geleitet wurde die Sitzung von Steffen Griebe (Kommunaler Beauf-



FOTO: PS

tragter für die Belange von Menschen mit Behinderung), der auch der Steue- rungsgruppe koordinierend vorsteht. Er verwies noch einmal auf den Bear- beitungsprozess des Aktionsplans In- klusion der Jahre 2014-2017 und er- innerte an die damaligen Ziele, Leitli- nien, Struktur und das Vorgehen. Wei- terhin gab er einen Überblick über die Inhalte des Aktionsplans mit den Maßnahmen in den verschiedenen Lebensbereichen.

Die Steuerungsgruppe setzt sich aus drei Mitgliedern des Inklusions- beirates, drei Mitgliedern des Vereins Kaiserslautern inKLusiv e.V. und ei-

nem Vertreter des Referat Soziales der Stadt Kaiserslautern zusammen. Bei der Sitzung anwesend war Refe- ratsleiter Michael Ohliger, der die Runde auch im Namen der Stadt be- grüßte, ins Thema einführte und sich für das Engagement und die Initiative vor allem bei den Mitgliedern des In- klusionsbeirates und dem Verein Kai- serslautern inKLusiv bedankte.

Das nächste Treffen findet am 12. September 2022 statt. Die Themen- arbeitsgruppen, bei denen sich Inter- essierte gerne beteiligen können, starten im Herbst 2022. Einladung er- folgt rechtzeitig. jps

Neue Bänke für die Innenstadt?

Referat Stadtentwicklung lud zum Workshop rund ums Thema Stadtmöblierung

Die Innenstadt von Kaiserslautern braucht dringend weitere Sitzgelegen- heiten, so ein seit längerem immer wieder öffentlich vorgetragener Wunsch. Wo und in welcher Form die- se entstehen sollen, darüber scheiden sich jedoch die Geister. Um die öffent- lich geführte Diskussion in geordnete Bahnen zu legen, fand am Donner- stagabend im Rathaus ein vom Referat Stadtentwicklung organisierter Work-

shop für interessierte Bürgerinnen und Bürger statt. Dieser war pande- miebedingt immer wieder verschoben worden. Mit rund 25 teilnehmenden Personen, darunter die meisten aus dem Umfeld der Bürgerinitiative (BI) „Stadt für Alle“ sowie aus dem Stadt- rat und seinen Beiräten, war die Reso- nanz jedoch dennoch sehr verhalten.

Der guten, produktiven Stimmung tat dies aber keinen Abbruch. Nach

Begrüßung durch Florian Groß vom Planungsbüro Mess, der die Veran- staltung auch moderierte, und einer Einführung durch die Leiterin des Re- ferats Stadtentwicklung, Elke Franz- reb, ging es in den eigentlichen Work- shop im Rathausfoyer. Dort hatte das Referat Stadtentwicklung Plakatwän- de und Karten vorbereitet, auf denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über verschiedene Bankmodelle ab-

stimmen konnten bzw. gewünschte Standorte von Bänken und begleiten- den Schattenspendern eintragen konnten.

In der folgenden arbeitsintensiv- sten Phase des Workshops wurden so- dann drei Gruppen gebildet, von de- nen jede sich mit einem von drei aus- gewählten Standorten befassen konn- te. Im Fokus standen die Ecke Ri- chard-Wagner-Straße / Pirmasenser

Straße, das Umfeld des Union-Kinos und der Stockhausplatz, die alle drei in ihrer Möblierung besonders aufgewer- tet werden sollen. Beim Stockhaus- platz sprach sich die Gruppe, die sich damit befasste, sogar für eine kom- plette Neuplanung des Platzes aus. Alle drei Gruppen wurden von Vertretern des Planungsbüros Mess geleitet.

Die Ergebnisse des insgesamt rund dreistündigen Workshops sollen nun

schnellstmöglich ausgewertet wer- den, so dass sie idealerweise bereits in einer der ersten Sitzungen nach der Sommerpause dem Stadtrat zur Ent- scheidung vorlegt werden können. Wann die Umsetzung erfolgen kann, ist aber nicht zuletzt auch vom laufen- den Widerspruchsverfahren gegen die Haushaltsverfügung der ADD und da- mit der Dauer der haushaltslosen Zeit abhängig. jps